

Riesauer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschreib: Tagesblatt Riesa,
Bismarckstr. 20.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain,
des Amtsgerichts und des Rates der Stadt Riesa, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postfachkonto: Leipzig 21558.
Circuloffice Riesa Nr. 22.

Nr. 45.

Mittwoch, 23. Februar 1921, abends.

74. Jahrg.

Das Riesaer Tagesblatt erscheint jeden Tag abends 1/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 4.— Mark ohne Zustellung, bei Abnahme am Posthalter monatlich 4.10 Mark ohne Zustellung. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 43. und 44. Seite 1.10 Mark, Druckpreis 1.— Mark; zeitraubender und tabellarischer Text 1/2, Kufschlag, Nachweilungs- und Vermittlungsgebühren 80 Pf. Jede Seite gewöhnlicher Rubrik enthält, wenn der Betrag verläßt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber im Konkurs gerät. Zahlung- und Erfüllungsort: Riesa. Versendungs- und Abrechnungsbüro: Riesa. — Im Falle bösser Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, des Vertriebes oder der Bestimmungseinrichtungen — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langert & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Weststraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Söhnle. Riesa. für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

Haferbewirtschaftung betr.

Die Bekanntmachung der Amtshauptmannschaft 7b VIII vom 28. Januar laufenden Jahres wird auf Grund des Erlasses des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft dahin abgeändert, daß für die Benutzung ständlicher Drehwerke als Verarbeitungsanstalten 1/2, Rentner Hafer künstlich, Rentner Hafer für jede gedörrte Stute abgeliefert werden können. Großenhain, am 21. Februar 1921.
Die Amtshauptmannschaft.

Bezirksarbeitsnachweis Großenhain, Nebenstelle Riesa.

Sahnstraße Nr. 17. Tel. Nr. 40.
Es werden gesucht: 1 Feinmechaniker oder Uhrmacher, 1 Elektromonteur, 1 älterer, selbstständig arbeitender Schmied, 1 Eisenarbeiter, 2 perfekte Stenotypistinnen, 1 Küchenmädchen, mehrere Mädchen für die Landwirtschaft, 1 Gärtnerehrliche, 1 Schlosserlehrling, 1 Steinbildhauerlehrling, 2 Rechnerlehrlinge.

Griekartenausgabe.

Die Ausgabe der Griechartenausgabe für a) Schwangeren vom Anfang des 7. Schwangerschaftsmonates an, b) stillende Mütter bzw. Wöchnerinnen erfolgt nach Vorlegung entsprechender Bescheinigung der Hebamme bzw. des Arztes Freitag, den 25. Februar 1921, nachm. 2-4 Uhr im Rathaus, Lebensmittelkartenzentrale, Zimmer Nr. 15. Der Rat der Stadt Riesa, am 23. Februar 1921.

Auslandsausgaben-Ausgabe Freitag, den 25. Februar, von 5-7 Uhr nachmittags bei den Ausgabestellen. Weida bei Riesa, am 23. Februar 1921. Der Gemeindevorstand.

Vertikales und Sächsisches.

Riesa, den 23. Februar 1921.
* Grenzspende für Obersachsen. Gemeinde Doppitz 92,50 M., Frauen- und Mädchen-Ortsgruppe des Vereins für das Deutschtum im Ausland 200 M., Werkgenossenschaft für das Holzgewerbe 43,20 M., Dr. P. Stadtmann, Gröba, 5 M., vom Klubverein Riesa, gesammelt bei der Nachfeier im Gasthof zu Bergendorf, 248,60 M., Gemeinde Höderau 433,50 M., aufkommen 1022,80 M. Den Weibern sagt die Ortsgruppe Heimatsstreuer Obersachsen herzlichsten Dank.
* Elternabend der Mädchenschule. Für Freitag, den 25. Februar 1921, abends 1/8 Uhr haben Berufsberatungsstelle und Mädchenschule die Eltern der Mädchen in die Karola-Schule eingeladen, die zu Ostern ihr letztes Schuljahr beginnen, um auf den Ernst der Berufsberatung durch Vorträge des Herrn Dr. Waich und des Hrn. Obl. Götzel hinzuweisen.
* Tanz-Abend Vera Waldheim. Seitdem die jugendliche Künstlerin — damals 13 Jahre alt — vor etwa Jahresfrist unter der Leitung des Sächsischen Künstlerbundes (S. K. B.) in Dresden erstmalig mit großem Erfolge an die Öffentlichkeit getreten ist, hat sie in einer ganzen Reihe Städte, darunter Berlin, Hamburg, Weizsäcker usw., mit ihren künstlerischen Tänzen große Triumphe gefeiert. Auf Grund ihrer Erfolge wurde sie u. a. auch von der Intendanz des Mecklenburgischen Landestheater zu einem Gastspiel in Schwerin eingeladen. Durch die Vermittlung der hiesigen Ortsgruppe des S. K. B. wird Vera Waldheim am 4. März im Stern-Saal erstmalig hier auftreten. Der Kartenverkauf findet in der Buchhandlung Joh. Hoffmann statt. Mitglieder des S. K. B. haben Vorzugsrechte. Näheres im heutigen Anzeiger.
* Brand. Im alten Speicher der hiesigen Landmühle von Silber u. Co. war vorgestern nachmittag durch Kurzschluß ein kleiner Brand ausgebrochen, der vom Betriebspersonal schnell gelöscht werden konnte. Die vorläufige Ursache der benachrichtigten Feuerwehren 5. achteten dabei beim Eintreffen nicht in Tätigkeit zu treten.
* Kommunale Vertretung Sachsens in Moskau. Nach einer Meldung des kommunalen „Volkswortes“ in Dresden hat die kommunale Vertretung Sachsens beschlossen, den Genossen Kurt Geber als Delegierten in das Exekutivkomitee der kommunalen Internationalen nach Moskau zu entsenden. Geber hat die Reise nach Moskau vor einigen Tagen angetreten und wird etwa 2-3 Monate in Russland bleiben, um dann von einem anderen Genossen abgelöst zu werden.
* Eine Kunstausstellung in Chemnitz. Die Ortsgruppe Chemnitz des Reichsbundes der Kriegsgeldbesitzer, Kriegsteilnehmer u. K. regerstin eröffneten veranstaltet vom 23. bis 27. Februar im Adolfschen Museum am Königsplatz eine Kunstausstellung. Die Technische Kommission der Präfektur Dresden hat sich bereit erklärt, den Schwermetallbesitzern sowie der Allgemeinheit das in Wort und Bild vor Augen zu führen, was auf dem Gebiete der Kriegerdenkmäler, Kunst und jetzt geleistet worden ist. Riesa 60 auswärtige sowie sämtliche Chemnitzer Bandagisten und orthopädischen Schuhmacher werden die Ausstellung mit künstlichen Gliedern, Apparaten und Schuhen in den modernsten Konstruktionen besichtigen.
* Die Notlage der sächsischen Möbelindustrie ist außerordentlich groß. Mit ihr beschäftigt sich vor kurzem die hiesige Handelskammer. Sie beauftragte die sächsische Regierung gegenüber, daß vor allem die Ausfuhr von Möbeln gesteigert werden müsse. Die bestehenden Erleichterungen des Ausfuhrzolls, z. B. das zeitraubende Ausfuhrbescheinigungsverfahren, die soziale Abgabe, der Wertzuschlag usw. müssen beseitigt oder wenigstens gemildert werden, auch müsse die sächsische Regierung dafür Sorge tragen, daß der Möbelindustrie einheimische Holz in ausreichendem Maße und zu annehmbaren Preisen zugeführt würden.
* Eine Denkschrift über das Landeswohnungsamt. Dem Landtage ist eine Denkschrift der Regierung über das Landeswohnungsamt und seinen Geschäftsbereich zugegangen. Aus dem Inhalte sind die folgenden Kapitel zu erwähnen: 1. Errichtung und Aufgaben des Landeswohnungsamtes, 2. Ursachen der Wohnungsnot, 3. Bewirtschaftung des vorhandenen Wohnraumes, 4. Förderung der Neubautätigkeit, 5. Ueberwachung und Bewirtschaftung der Bautkosten, 6. sonstige Maßnahmen zur Verbilligung der Bautkosten, 7. Träger der Bautätigkeit, 8. Bodenpolitik, 9. Siedlungsweisen, 10. Grundbesitz, 11. Sozialisierung des Wohnungswesens, 12. Wohnungsaufsicht und -pflege, Wohnungsnachweis, 13. Statistik und 14. Ausführungsstellen.
* Einreichungen von Gehalts- und Lohnnachweisen seitens der Arbeitgeber. Die

Arbeitgeber werden erneut auf die Anfang Februar d. J. von den Finanzämtern erlassene öffentliche Aufforderung hingewiesen, nach der sie verpflichtet sind, über alle Personen, die von ihnen im Kalenderjahre 1920 länger als zwei Monate beschäftigt worden sind, Einkommensnachweisungen, Gehalts- und Lohnnachweisungen nach vorerwähntem Muster bis spätestens 28. Februar 1921 bei dem für den Wohnort des Arbeitnehmers zuständigen Finanzamt einzureichen. Diese Einkommensnachweisungen sind auch für solche Personen auszustellen, die im Laufe des Jahres 1920 ihre Arbeitstätigkeit gewechselt oder ihre Arbeits-(Dienst)stelle noch vor der Ausfertigung der Nachweisung verlassen oder ihre Erwerbstätigkeit z. B. infolge Verbeiratung ganz aufgegeben haben. Besonders wird darauf aufmerksam gemacht, daß auch für einzelne im Handels- in einem Gewerbebetrieb oder in der Landwirtschaft beschäftigte Personen, z. B. Dienstmädchen, landwirtschaftliche Bedienstete usw., über deren Einkommen früher in der Hausliste Angaben zu machen waren, die vorgefertigten Einkommensnachweisungen jetzt mit einzureichen sind. Wer die Einreichung der Nachweisung unterläßt, kann nach § 377 der Reichsabgabenordnung mit einer Ordnungsgeldstrafe von 5 bis 500 Mark bestraft werden. Die bestmögliche Vorbeugung von den Finanzämtern und von den Gemeindebehörden kostenlos zu bestehen. Bei schriftlichem Ueberlieferungsantrag ist kein Eintrag in die Steuerrollen erforderlich. Die Besetzungen berichten, wie der Ruhr, Deutschlands größte Großstadt zu sein, demnächst auf die sächsische Hauptstadt übergehen. Wenn die zur Zeit stehenden, sich aber mittels schon dem Abbruch nahe stehenden Eingemeinderungsverhandlungen mit reichlich 20 Vororten verbindet sein werden gewinnt Dresden zwar an Einwohnerzahl nur 50 000 bis 60 000, also nur etwa 10 Proz., aber seine Flächenausdehnung vergrößert sich von etwa 9000 auf über 12000 Hektar, also um gut die Hälfte seiner bisherigen Ausdehnung. Nur Groß-Berlin, diese Anheftung von Großstädten, ist selbstverständlich noch größer als Groß-Dresden.
* Bischofswerda. Auf den abends 6.30 Uhr von Ramens hier eintreffenden Personenzug wurde kurz vor der Station Burtan ein Schuß abgegeben. Die Kugel ging durch das Fenster eines besetzten Wagens dritter Klasse, ohne jedoch glücklicherweise jemanden von den Insassen zu verletzen. Die sofort aufgenommenen Nachforschungen nach dem Täter blieben erfolglos.
* Chemnitz. Am Montag wurde von dem Chemnitzer Schwurgericht der Schloffer Geißler wegen Mordes und versuchten Raubes zum Tode verurteilt. Bekanntlich hat der Verurteilte im September v. J. auf der Bahndorfer Brücke den Händler Bach aus Dresden mit beiden niedergeschlagen, jedoch derselbe noch am gleichen Abend verschied. Der Mörder hatte kein Opfer unter älteren Verwandten und Bekannten in den Chemnitzer Park geschickt und ihn da niedergeschlagen. Die Absicht, sich der Parochie zu bemächtigen, um seiner Braut eine Küchenausstattung zu kaufen, gelang ihm jedoch nicht, da er von hinzukommenden Leuten gefolgt wurde. Nach Ausführung der Tat flüchtete der Mörder, konnte aber nach genauen Angaben des Ueberfallenen, der zeitweise zu vollem Bewußtsein kam, alsbald verhaftet werden.
* Döberitz. Die gesamte Belegschaft der Firma F. A. Lange, Sächl. Kupfer- und Metallwerke, Kupferhammer-Grünthal und das Schmelzwerk sind in den Ausstand getreten. Riesa 1200 Personen kommen in Betracht.
* Plauen i. S. Vom Reich sind der Stadt Plauen i. S. 540 000 Mark aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge zur Verfügung gestellt worden.
* Leipzig. Das ehemalige Königsplatz in Leipzig wird zur dreißigjährigen Weile unter großem Kostenaufwand vollständig umgebaut und der keramischen Industrie zur Verfügung gestellt werden. Die keramische Industrie in Dresden hat das Palais in Nacht genommen und den bekannten Dresdner Architekten Kochly mit der Ausarbeitung künstlerischer Entwürfe betraut.
* Dresden (Elbe). Am 4. Februar gab ein Geschäftsreisender, der abends von hier nach Torgau fahren wollte, auf dem hiesigen Bahnhof zwei Koffer mit Goldwären im Werte von 150 000 und 80 000 M. auf. Während der Zug in Weitzsch rangierte, ist der eine der Koffer mit 50 000 M. Wertgegenständen aus dem Waggon gestohlen worden. Bism. - Leipzig. Verhaftet wurde dieser Tage der Steinbildhauer Birder aus Jägerdorf unter dem dringenden Verdacht, die Industrielleberin Lindner im Zwangsurlaub bei Weipa einverwandelt zu haben. Birder gestand schließlich nach längerem Leugnen, die Lindner umgebracht zu haben.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.
* Die Entsendung von Betriebsratsmitgliedern in den Aufsichtsrat. Der sozialpolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrates beschäftigte sich in seiner Tagung vom 21. Februar erneut mit dem Gesetzentwurf über die Entsendung von Betriebsratsmitgliedern in den Aufsichtsrat. Die Regierungsvorlage wurde nur in § 6 auf Antrag Tschiffers mit einem Zusatz versehen, der die partielle Befreiung des Aufsichtsrates plant und den Schutz von Minderheiten gewährleistet. Im übrigen wurde sie unverändert angenommen.
* Der Herr Ernst Günther zu Schleswig-Holstein ist gestern nachmittags nach kurzem Krankenlager an Herzschlag gestorben.
* Freimachung von Briefen durch Stempelabdruck. Das Ende Dezember bei 5 Postämtern in Groß-Berlin versuchsweise eingeführte Verfahren, das gewöhnliche Briefsendungen zu den Gebühren von 10 und 40 Pfennig durch Stempelabdruck freigemacht werden, ist vom Reichspostministerium versuchsweise bei 9 anderen großen Postämtern im Reich weiter zugelassen worden.
* Welche Ziele seitens der französischen Besatzungsbehörden im Rheinland erstrebt werden, zeigt eine Abordnung der französischen Besatzungsbehörden für die Pfalz de Metz. Diese bestimmt, daß die schulpflichtigen Kinder von Eltern, die früher die deutsche Reichsangehörigkeit besaßen, nach dem Friedensvertrage aber die französische Staatsangehörigkeit erworben haben, aus der allgemeinen deutschen Volksschule entlassen und den von der Besatzungsbehörde für Offiziers- und Soldatenkinder eingerichteten Schulen zugewiesen werden. Die Maßnahme steht, wie die „Deutsche Wk. Ztg.“ berichtet, im Widerspruch zum Friedensvertrage und zum Rheinlandsabkommen. Eine ähnliche Bestimmung, wie die von dem Besatzungsdelegierten für die Pfalz getroffene, ist nur für das Saargebiet im Friedensvertrage vorgesehen. Es sind also etwaige Abänderungen der Besatzungsbehörden, die gegen die deutsche Gesetzgebung über das Schulwesen verstoßen, unzulässig. Die einschlägige Gesetzgebung ist im vorliegenden Falle die bayerische. Das bayerische Staatsministerium hat verneint, daß eine Ausnahme vorliege, die nur statthaft sei, wenn der Unterricht einer sonstigen Anstalt ausreichenden Ersatz für den Besuch der Volksschule bietet. Der Reichskommissar für die besetzten Gebiete in Koblenz hat gegen die Maßnahmen des französischen Besatzungsdelegierten für die Pfalz bei der internationalen Rheinlandskommission Einspruch erhoben.
* Der bayerische Landesbahnrat erwidert zur Frage der Tarifserhöhung und Berücksichtigung der Schwerverletzten der Volksernährung und dementsprechende Beschränkung in der Steigerung der Gebühren für Personen- und Güterbeförderung.
* Reichstag und Reichswirtschaftsrat nehmen am Mittwoch ihre Volltungen wieder auf.
* Der Entwurf des Reichswirtschaftsrates wird bereits Änderungen aufweisen, die den Parier Beschlüssen entsprechen.
* Schiebungen bei der Vermittlung von Wohnungen. Auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft wurden gestern vormittag im städtischen Wohnungsamt unter Mitwirkung von Berliner Kriminalbeamten eine große Reihe von Anträgen verhandelt, denen Schiebungen unter Annahme von Schmiergeldern bei der Vermittlung von Wohnungen zur Last gelegt werden. Die Untersuchung geht weiter.
* Zunahme der Erwerbslosigkeit. Trotz aller Gegenmaßnahmen hat die Erwerbslosigkeit im Monat Januar eine weitere bedeutende Zunahme erfahren. Die Zahl der männlichen Hauptunterstützungsempfänger allein ist von 335 000 auf 357 000, die Zahl der unterstützten Volkserwerbslosen von 410 000 auf 432 000 gestiegen. Im Zusammenhang mit dem Anwachsen der männlichen Erwerbslosen ist auch die Zahl der unterstützten Familienangehörigen erheblich, nämlich von 457 000 auf 495 000 gestiegen. Verursacht man, daß infolge der Beschränkungen, die für die Gewährung der Erwerbslosenunterstützung bestehen, nach der bisherigen Schätzung nur etwa die Hälfte der tatsächlich Erwerbslosen Unterstützung erhalten, so dürften zurzeit etwa zwei Millionen Menschen in Deutschland des gewöhnlichen Arbeitseinkommens entbehren. Hier tritt die Zahl der Kurzarbeiter, d. h. der aus Mangel an Arbeitsgelegenheit nur verkürzt beschäftigten und entlohnten Arbeiter, die nach den vorliegenden Teilstatistiken auf die doppelte Zahl der Erwerbslosen geschätzt werden müssen. Es muß also angenommen werden, daß etwa 10 Prozent der deutschen gesamten Bevölkerung vollständig oder in einem wesentlichen Teil von der Arbeitslosigkeit betroffen sind.